

I. Vizepräsident des Bayerischen Landtags
Staatsminister a.D.

Pressemitteilung

München, 08. September 2011

**Bocklet für Staatshilfe bei Fernwärmeleitungen
Gemeinsamer Vorstoß mit Dachauer MdL Seidenath**

Einen mit seinem Dachauer Landtagskollegen Bernhard Seidenath abgestimmten Vorstoß zur Förderung von Fernwärmeleitungen hat der Gröbenzeller Landtagsabgeordnete Reinhold Bocklet bei Staatsminister Markus Söder unternommen. Bocklet betont, dass bei der besseren und optimierten Ausnutzung bereits bestehender nicht-fossiler und nicht-nuklearer Energiequellen bisher die in Bayern bestehenden 15 Müllverbrennungsanlagen zu wenig im Blickfeld seien. Auch sie leisteten bereits jetzt einen Beitrag zur Stromversorgung. „Vor allem aber produzieren sie Wärme, die heute noch vielfach ungenutzt bleibt“, heißt es in dem Schreiben des Landtagsvizepräsidenten. Er verweist dabei auf die Müllverbrennungsanlage Geiselbullach, bei der 85 % der erzeugten Wärme nicht genutzt werden. Um trotz des Auslaufens der aktuell noch fünf bayerischen Kernkraftwerke und ihres teilweisen Ersatzes durch neue Gaskraftwerke die Klimaschutzziele einhalten zu können, müsse es Ziel der Politik sein, die ohnehin vorhandene Wärme besser zu verwerten. Dies scheitere derzeit häufig an den hohen Investitionskosten für Fernwärmeleitungen, so der Stimmkreisabgeordnete. Anders als bei vielen anderen Leitungen oder auch der Kanalisation werde der Bau von Fernwärmeleitungen nicht finanziell gefördert. „Hier könnte aber viel Gutes und Wichtiges für den Klimaschutz und die optimale Ausnutzung unseres energetischen Potentials in Bayern getan werden“, betont Bocklet. Er fordert daher den Minister auf, eine entsprechende staatliche Förderung anzustoßen.

Außerdem bringt der Abgeordnete auch die Errichtung von neuen Gaskraftwerken an den 15 bayerischen Standorten von Müllverbrennungsanlagen ins Gespräch. Die Standorte seien alle bereits akzeptiert, außerdem bestünden schon Stromleitungen. Handlungsbedarf gebe es allerdings bei der Frage der Zuständigkeiten. So würden die Müllverbrennungsanlagen aktuell durch die Landkreise betrieben, die für die Abfallentsorgung verantwortlich zeichnen. Die Stromerzeugung liege dagegen im Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Zwar seien auch Konstruktionen denkbar, in denen Gemeinden Zweckverbände mit dem Ziel gründen, auf dem Standort der nahegelegenen Müllverbrennungsanlage Energie zu erzeugen. Einfacher wäre es allerdings – so Bocklet – neben den Gemeinden auch den Landkreisen eine solche Kompetenz zur Energiegewinnung einzuräumen. Der Landtagsvizepräsident ist der Überzeugung, dass mit den beiden vorgeschlagenen Maßnahmen der Umbau der Energieversorgung weg von fossilen hin zu regenerativen Energieträgern deutlich beschleunigt werden könnte.

Ramona Niedermeir
Büro des 1. Landtagsvizepräsidenten Reinhold Bocklet